



Gemeinsame Stellungnahme
der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. (DPG)
und
der Palästinensischen Gemeinde Deutschland e.V. (PGD)
zur Haltung der Bundesrepublik Deutschland
beim EU-Außenministerrat, am 07. und 08. Dezember 2009
zur Ostjerusalem-Frage.

Das Gerücht scheint sich wirklich zu bestätigen: es hieß, Bundesaußenminister Guido Westerwelle habe nach seinem Amtsantritt zum israelischen Außenminister, dem rechtsgerichteten Politiker Avigdor Lieberman, als erstem ausländischen Politiker telefonisch Kontakt aufgenommen.

Für die meisten von uns schien dies ein merkwürdiger Schritt eines liberalen weltoffenen deutschen Politikers zu sein. Hatten doch viele ganz andere Akzentsetzungen von ihm zu Beginn der Arbeitsaufnahme in der neuen Koalitionsregierung erwartet. Die Realität, nur wenige Wochen später, belehrt uns eines Besseren.

In seinem jüngsten Manöver, vor der Sitzung des EU-Außenministerrates in Brüssel, am 7.12.2009, hat Herr Westerwelle im Vorfeld alles Erdenkliche unternommen, die schwedische Initiative, Ostjerusalem als Hauptstadt des zukünftigen unabhängigen palästinensischen Staates anzuerkennen, zu torpedieren: Er schmiedete im Hintergrund eine Allianz gegen die schwedische Initiative - mit der Rückendeckung seiner Chefin und in enger Abstimmung mit der israelischen Regierung. Westerwelle machte keinen Hehl daraus und erklärte seine Aktion mit den Worten: Er wolle nicht die Endstatusverhandlungen im Voraus beeinflussen. Aber er sehe wohl, dass Israel Ostjerusalem besetzt hält. - Eine Logik, die einige seiner Kollegen, wie der luxemburgische Außenminister, gar nicht nachvollziehen können!



Dieser Schritt aber bedeutet keineswegs eine nur momentane strategische Ausrichtung des Außenministers. Vielmehr ist dies eine langfristige Verhinderung dessen, dass die EU die von vielen lange ersehnte, einflussreichere Rolle Europas im Friedensprozess im Nahen Osten übernimmt; es ist dies darüber hinaus eine ernst zu nehmende Kehrtwende in der bundesrepublikanischen Nahostpolitik.

Die Entscheidung der EU-Minister kann unter keinem Gesichtswinkel als positiv bewertet werden, schon gar nicht, wenn man den im Text versteckten „Freibrief“ für die Israelische Regierung erkennt und im geopolitischen Sinne interpretiert. Aus unserer Sicht war der „deutsche Erfolg“ aus verschiedenen Gründen ein Rückschlag; er legte keineswegs eine feste Basis für zukünftige Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina.

- Israel sieht sich in seiner kolonialistischen Politik bestätigt. Israel verstößt gegen die Genfer Konventionen und ändert demographisch und geographisch das Bild des von ihm besetzten Landes und dies kontinuierlich seit über 42 Jahren; es braucht nicht einmal eine Sanktion zu befürchten.
- De facto unterstützt die Bundesrepublik die verheerende Siedlungspolitik in Jerusalem und akzeptiert die Tatsache, dass man auf diese Weise erst am Ende eines Prozesses, wenn neue Fakten geschaffen sein werden, über die Zukunft der Stadt sprechen wird. Ja, selbst das Lippenbekenntnis der Bundesregierung über das Einfrieren der Siedlungstätigkeiten Israels in den Besetzten Gebieten, wird durch die Aussagen des Außenministers ad absurdum geführt.
- Die Nicht-Anerkennung Ostjerusalems als Palästinas Hauptstadt bedeutet auch, dass die Bundesrepublik das besetzte Palästina insgesamt als umstrittenes Gebiet sieht, dass sein Schicksal erst am Ende eines Prozesses zwischen beiden Konfliktparteien entschieden wird. Dass diese Haltung internationalem Recht und internationalen



Beschlüssen widerspricht, dürfte dem Außenminister wohl bekannt sein.

- Die anhaltenden Repressalien gegen die palästinensischen Einwohner Ostjerusalems werden toleriert. Ihre langsame, aber unaufhörliche Vertreibung aus ihrer Heimat wird stillschweigend akzeptiert. Denn keiner kann sagen, wann diese „Endstatusverhandlungen“ tatsächlich beginnen. Täglich vertreibt Israel aber inzwischen durch zahlreiche Maßnahmen Palästinenser aus Ostjerusalem.
- Der deutsche Außenminister vergisst, dass der Staat Israel international in ganz anderen Grenzen anerkannt wurde als denen des von ihm jetzt beanspruchten Gebiets. Ja mehr noch: Israel hat seit seiner Anerkennung seine Außengrenzen nicht festgelegt und versucht diese durch Mauer und Annexion auszudehnen. Jetzt bekommt Israel, die Besatzungsmacht, zu all dem noch den deutschen Freibrief, diese kolonialistische Politik weiter zu führen bis die „Endstatusverhandlungen“ beginnen.

Wieder einmal hat die deutsche Regierung ihre schützende Hand über Israel ausgestreckt und damit verhindert, dass Israel genau wie alle anderen Länder dieser Erde behandelt wird. Dieser Sonderstatus schadet nicht nur dem Weltfrieden, sondern auch langfristig den deutschen Interessen in der Region.

Kontakt

Raif Hussein M.A.
Friedhofsallee 16, 30519 Hannover
Tel.: 0160-99167775
Email: raif@raif-hussein.de